

Dabei wurden 2.758 illegale Migranten festgenommen, von denen mehr als die Hälfte sofort nach Slowenien zurückgewiesen wurde, teilte das Innenministerium in Rom am Dienstag mit.

Grenzkontrollen zu Slowenien positiv

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenici/meldungen, 5.11.2025)

Italien zieht eine positive Bilanz der im Oktober 2023 wiedereingeführten Kontrollen an der Grenze zu Slowenien. In den ersten neun Monaten des Jahres 2025 hat die italienische Grenzpolizei 425.000 Personen und über 190.000 Fahrzeuge kontrolliert.

Dabei wurden 2.758 illegale Migranten festgenommen, von denen mehr als die Hälfte sofort nach Slowenien zurückgewiesen wurde, teilte das Innenministerium in Rom am Dienstag mit.

374 Personen wurden bereits vor dem Grenzübertritt nach Italien gestoppt. Im Rahmen der Kontrollen kam es zu 175 Festnahmen, darunter rund 70 wegen Beihilfe zum Menschensmuggel; zudem wurden 765 Personen angezeigt.

Diese Ergebnisse seien auch das Resultat einer „effizienten Zusammenarbeit mit der slowenischen Polizei“: Insgesamt wurden 210 gemeinsame Patrouillen eingesetzt – auf den Straßen und in den wichtigsten Bahnhöfen.

Kontrollen könnten bis Jahresende abgeschafft werden

„Diese Zahlen sind das Ergebnis einer umfassenden Regierungsstrategie zur Bekämpfung des Menschenhandels – durch internationale Zusammenarbeit, gezielte Kontrollen und eine ständige Präsenz vor Ort“, erklärte Innenminister Matteo Piantedosi.

Der italienische Innenminister unterzeichnete im Jänner 2025 ein Memorandum zwischen den Polizeikräften Italiens, Sloweniens und Kroatiens, das gemischte Patrouillen entlang der kroatischen Außengrenze zur Bekämpfung der Schlepperei und zur „Terrorismusvorbeugung“ vorsieht.

Piantedosi betonte damals, die Kontrollen an der Grenze zu Slowenien könnten bis Jahresende abgeschafft werden.

Italien hatte im Oktober 2023 wieder Polizeikontrollen an der Grenze zu Slowenien eingeführt und damit den freien Personenverkehr ausgesetzt,

der üblicherweise im Schengenraum gilt. Nach dem Angriff der Hamas auf Israel und den Anschlägen einiger Fundamentalisten in Frankreich und Belgien erklärte die Regierung in Rom, dass die Gefahr von Gewalttaten innerhalb der EU gestiegen sei. Die Kontrolle an den Grenzübergängen zu Slowenien wurden immer wieder verlängert.